SCHRIFTENREIHE

DER STIFTUNG

DER HESSISCHEN

RECHTSANWALTSCHAFT

BAND 13

Englisch, Gender-Deutsch oder Maschinen-Code

Brauchen wir eine neue Rechtsprache?

BEITRÄGE VON

Dr. Martin Meier

Valeria Werner

Karl Eduard Riesenhuber

Lea Schirmer und Max Müller

Dr. Katharina Weidl

Johannes Forck

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgeber: Stiftung der Hessischen Rechtsanwaltschaft
Reihe: Schriftenreihe der Stiftung der Hessischen Rechtsanwaltschaft
Band 13

**Dr. Martin Meier / Valeria Werner / Karl Eduard Riesenhuber / Lea Schirmer /
Max Müller / Dr. Katharina Weidl / Johannes Forck**

„Englisch, Gender-Deutsch oder Maschinen-Code - Brauchen wir eine neue Rechtssprache?“
ISBN 978-3-86376-274-2

Hinweis: Die Arbeit gibt ausschließlich die persönliche Ansicht der Autoren wieder.

Alle Rechte vorbehalten

1. Auflage 2023

© SIEVERS MEDIEN, COBURG

URL: www.sieversmedien.com

Printed in EU

Papier ist FSC zertifiziert (holzfrei, chlorfrei und säurefrei,
sowie alterungsbeständig nach ANSI 3948 und ISO 9706)

Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes in Deutschland ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Vorwort des Herausgebers

Wie die Vielzahl, aber auch die Qualität der eingegangenen Beiträge zeigt, ist es uns auch in diesem Jahr wieder gelungen, ein aktuelles, spannendes und anspruchsvolles Thema für unseren Aufsatzwettbewerb zu finden. Wir haben den Wettbewerb zu diesem Thema ausgeschrieben, um die in den letzten Jahren und aktuell besonders heftig entbrannte Diskussion um die Verwendung von Sprache im juristischen Bereich zu fördern, das Bewusstsein für die Bedeutung von Rechtssprache zu schärfen und zur Debatte beizutragen, wie wir Sprache verwenden und welche Auswirkungen dies auf unsere Gesellschaft hat. Insbesondere die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache, die Einführung neuer Sprachen wie Gender-Deutsch und die zunehmende Bedeutung von Maschinen-Code haben zu kontroversen Diskussionen geführt.

Die Stiftung hatte das Thema des diesjährigen Aufsatzwettbewerbs in ihrer Ausschreibung wie folgt umrissen:

„Das Medium des Rechts ist seine Sprache: Ohne Wörter und Sätze kein Paragraph und kein Gesetzbuch, kein anwaltlicher Schriftsatz und kein richterliches Urteil. Die Juristerei ist im Kern ein Kampf um Begriffe. Der diesjährigen Aufsatzwettbewerb lädt dazu ein, Rechtssprache einmal aus einer anderen Perspektive zu betrachten: In welcher Sprache sollen Gesetze formuliert sein? Mit welcher Sprache sollen Juristen Recht denken, finden und sprechen? Konkret: Ist die Rechtssprache eine Fachsprache, die nur Eingeweihten zugänglich ist und sein soll? Oder können und müssen sich Juristen allgemeinverständlich ausdrücken? Was ändert sich, wenn das Bundesverfassungsgericht die „Egalität aller Staatsbürger“ zur „Egalität aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger“ macht? Bleibt das Gendern eine Modeerscheinung oder setzt es sich dauerhaft durch, und wenn ja, in welcher Form? Oder wird Deutsch auf Dauer ohnehin im Zuge von Europäisierung und Internationalisierung von Englisch als Amts- und Rechtssprache abgelöst? Benötigen wir Maschinen-Code als digitale Rechtssprache?“

Beiträge zum oben genannten Thema konnten alle an einer deutschen Universität eingeschriebenen Jurastudierenden (auch Promotionsstudierende) und alle Rechtsreferendare einreichen. Wie das vorliegende Buch zeigt, waren auch von mehreren Autoren gemeinschaftlich verfasste Beiträge zulässig, und uns erreichten sogar Anfragen, ob Beiträge in Englisch zulässig seien.

Wir freuen uns, dass wir für den Aufsatzwettbewerb Prof. Dr. Matthias Friehe, Qualifikationsprofessur für Staats- und Verwaltungsrecht an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht, Wiesbaden als Juror gewinnen konnten, der die anspruchsvolle Aufgabe übernommen hatte, alle eingegangenen Beiträge zu begutachten.

Das vorliegende Buch „Englisch, Gender-Deutsch oder Maschinen-Code – brauchen wir eine neue Rechtssprache?“ enthält die Beiträge, die im Rahmen des diesjährigen studentischen Aufsatzwettbewerbs von der Stiftung der Hessischen Rechtsanwaltschaft ausgezeichnet wurden. Die Auswahl ist uns sehr schwergefallen, denn es gab eine Vielzahl preiswürdiger Beiträge; allein die begrenzten Ressourcen der Stiftung haben uns bei der Auszeichnung beschränkt.

Das Thema der Rechtssprache ist von besonderer Bedeutung, da das Recht ein Bereich ist, der eng mit der Sprache verbunden ist und sie eine spezielle Form der Sprache ist, die sich in der juristischen Welt etabliert hat. Sie ist geprägt von spezifischen Fachbegriffen und Formulierungen, die das Verständnis und die Interpretation von Gesetzen und Urteilen erleichtern sollen. Die Art der Sprache hat daher Einfluss auf die Rechtsprechung und die Anwendung von Gesetzen.

Die Art und Weise, wie Gesetze formuliert werden, kann sich erheblich darauf auswirken, wie sie von den Menschen interpretiert werden. Die Beiträge haben sich darauf konzentriert, wie sich geschlechtergerechte Sprache und Maschinen-Code auf die Rechtssprache auswirken können und welche Auswirkungen dies auf die Gesellschaft haben könnte.

In den letzten Jahren haben sich verschiedene Entwicklungen in der Rechtssprache ergeben, die zu kontroversen Diskussionen geführt haben.

Zum einen ist die Verwendung von Gender-Deutsch in der juristischen Praxis zunehmend umstritten. Zum anderen gewinnt die Verwendung von Englisch und auch von Maschinen-Code im juristischen Bereich an Bedeutung. Die Diskussionen um diese Themen zeigen, dass die Frage der Rechtssprache weit über sprachliche Nuancen hinausgeht und auch ethische und rechtliche Aspekte umfasst.

Die Beiträge in diesem Buch sind äußerst vielfältig – teilweise durchaus sehr unterhaltsam! – und befassen sich mit verschiedenen Aspekten der Rechtssprache und beleuchten die Vor- und Nachteile der verschiedenen Ansätze. Sie bieten eine kritische Reflexion über die Rolle der Sprache im Rechtssystem und ihre Auswirkungen auf die Rechtssicherheit und die Gleichberechtigung. Die Autoren – oder sollte ich schreiben Autorinnen und Autoren – haben sich mit Fragen wie der Verständlichkeit von Rechtstexten, der Einheitlichkeit von Gesetzen und Urteilen, der Barrierefreiheit und der Gleichbehandlung von Geschlechtern in der Rechtssprache auseinandergesetzt.

Einige Autoren argumentieren, dass die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache in der Rechtssprache notwendig ist, um eine inklusive Gesellschaft zu schaffen und Diskriminierung zu vermeiden. Andere Autoren sind der Ansicht, dass die Verwendung von Gender-Deutsch und ähnlichen Sprachen unnötig kompliziert ist und die Effektivität der Rechtssprache beeinträchtigt. Es gibt auch Autoren, die sich auf die Verwendung von Maschinen-Code konzentrieren und argumentieren, dass diese zu einer effektiveren und genaueren Rechtssprache führen kann.

Unabhängig von der Perspektive, die die Autoren einnehmen, ist es unbestreitbar, dass die Verwendung von Sprache eine tiefgreifende Wirkung auf unsere Gesellschaft hat. Die Debatte darüber, wie wir unsere Sprache verwenden, ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft.

Wir hoffen, dass dieses Buch dazu beitragen wird, diese Debatte zu fördern und neue Perspektiven auf das Thema zu eröffnen, das Bewusstsein für die Bedeutung von Rechtssprache zu schärfen und zu einer besseren Verständigung zwischen Juristen und Laien beizutragen.

Wie aktuell die von uns für unsere Aufsatzwettbewerbe gewählten Themen sind, zeigt, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit ihrem F.A.Z. Einspruch erneut auf die Stiftung zugekommen ist und den Preisträgern auch in diesem Jahr ein weiteres Forum für ihre Beiträge eröffnen will. Vielleicht wird daraus ja eine längerfristige Kooperation?

Wir möchten uns bei allen Teilnehmern des Wettbewerbs bedanken, die, in alleiniger Urheberschaft oder gemeinschaftlich, unter Einsatz von viel Zeit und Mühen sowie juristischen Scharfsinns Beiträge zu diesem Aufsatzwettbewerb verfasst haben.

Qualität und Vielfalt der Beiträge haben uns beeindruckt und gezeigt, dass die Debatte über die Verwendung von Sprache in der Rechtssprache noch lange nicht abgeschlossen ist. Wir hoffen, dass die Leser dieses Buches ebenso viel Freude an der Lektüre haben werden, wie wir daran hatten, die Beiträge zusammenzustellen.

Bemerkenswert fanden wir übrigens, dass sich Teilnehmer und Preisträger vergangener Wettbewerbe sich - wie das vorliegende Buch zeigt, durchaus auch mit Erfolg – erneut beteiligten. Alle Teilnehmer haben mit ihren Beiträgen zu einer lebendigen Diskussion um die Rechtssprache beigetragen. Wir möchten uns nicht zuletzt auch bei dem Juror bedanken, der mit seiner Expertise und Erfahrung die Auswahl der Beiträge trotz vollen Terminkalenders unter hohem Zeitdruck vorgenommen hat.

Wir hoffen, dass dieses Buch eine breite Leserschaft findet.

Frankfurt am Main, im Mai 2023

Dr. Mark C. Hilgard

Rechtsanwalt

Vorstandsvorsitzender

Vorwort des Jurors

Der Aufsatzwettbewerb der Stiftung der Hessischen Rechtsanwaltschaft ist groß geworden: Vor zehn Jahren war ich selbst Preisträger, 2023 hatte ich die Ehre, als Juror die diesjährigen Preisträger auszuwählen. Dem Stiftungsvorstand der Stiftung der Hessischen Rechtsanwaltschaft und stellvertretend für ihn Herrn Rechtsanwalt Dr. *Mark Hilgard* gilt ein großer Dank dafür, dass er den Aufsatzwettbewerb ins Leben gerufen hat und seither Jahr für Jahr neu auslobt. Der Wettbewerb hat sich zu einer festen Institution entwickelt. Die Preisbeiträge erlangen dank der daraus entstandenen Schriftenreihe auch wissenschaftliche Sichtbarkeit.

Jedes Jahr greift der Stiftungsvorstand in seinem Preisausschreiben aktuelle und kontrovers diskutierte Themen aus Rechtswissenschaft und Rechtspraxis auf und lädt Studenten und Referendare ein, mit ihren Wettbewerbsbeiträgen Stellung zu beziehen. Die Relevanz dieser Themen wird auch daran deutlich, dass inzwischen die F.A.Z. auf den Wettbewerb aufmerksam geworden ist und den Preisträgern auf F.A.Z. Einspruch ebenfalls eine Plattform bietet, um ihre Beiträge in Kurzform einem größeren Publikum zu präsentieren.

Das Thema des diesjährigen Wettbewerbs verlangte den Teilnehmern eine Operation am offenen Herzen der Rechtswissenschaft ab. Denn Juristen wirken durch ihre Sprache, sodass es keine grundsätzlichere Frage geben kann als die nach der Rechtssprache selbst. In der Ausschreibung wurden drei Aspekte der Rechtssprache besonders hervorgehoben, die jeder auf seine Weise aktuell hochumstritten sind: Englisch, Gender-Deutsch und Maschinen-Code.

Ob Deutsch als Rechtssprache noch zeitangemessen ist, wird im Zuge von Europäisierung und Internationalisierung des Rechts zunehmend in Frage gestellt. So ist am Landgericht Frankfurt a. M. bereits 2018 eine Chamber for International Commercial Disputes eingerichtet worden, die auf Englisch verhandelt. Der Themenvorschlag Gender-Deutsch beruht auf der Beobachtung, dass die Verwendung von gender-sepa-

rierenden Sprachformen in den letzten zwei bis drei Jahren deutlich zugenommen hat, sowohl in der allgemeinen Öffentlichkeit wie beispielsweise im öffentlich-rechtlichen Rundfunk als auch im rechtswissenschaftlichen Fachdiskurs. Rechtslinguistisch scheint das Phänomen hingegen längst nicht ausdiskutiert. Dass sich die überwiegende Mehrheit der Wettbewerbsbeiträge auf den Aspekt von Gendersprache fokussierte, verdeutlicht, wie kontrovers das Thema auch unter Jurastudenten diskutiert wird. Bei den mir bekannten Programmiersprachen spielt das Thema Gendern hingegen noch keine große Rolle. Dafür erscheint das Paradigma „Code is Law“ (*Lawrence Lessig*) in Zeiten, in denen über Smart Contracts diskutiert wird und KI-Anwendungen teils verblüffende Fortschritte erzielen, realistischer als je zuvor.

Über vierzig Einsendungen haben die Stiftung der Hessischen Rechtsanwaltschaft erreicht. Die Beiträge bewegten sich durchgehend auf hohem Niveau. Viele dieser Beiträge sind veröffentlichungswürdig. Nicht alle davon konnten prämiert werden. Denn die Idee eines Aufsatzwettbewerbs liegt gerade darin, besonders herausragende Arbeiten auszuzeichnen. Wenn sich also Beiträge im Wettbewerb nicht durchsetzen konnten, soll das die betroffenen Teilnehmer keinesfalls entmutigen. Umgekehrt spricht die starke Konkurrenz für die hier veröffentlichten Beiträge. Sie haben mich als Juror überzeugt. Nicht, weil ich immer allen Thesen und Argumenten der ausgezeichneten Beiträge zustimmen würde. Aber jeder Beitrag hat mich auf seine Art begeistert, nachdenklich gemacht, manchmal in eigenen Überzeugungen bestärkt, manchmal eigene Überzeugungen infrage gestellt, mir neue Perspektiven aufgezeigt oder mich schmunzeln lassen.

Bei der letztendlichen Auswahl bin ich in mehreren Schritten vorgegangen. In einem ersten Schritt habe ich aus einer Erstlektüre heraus eine Long List erstellt. Auf diese Liste sind alle Beiträge gekommen, die mich beim ersten Lesen so beschäftigt haben, dass ich sie ohnehin gerne ein zweites Mal lesen wollte. Der genaue Inhalt dieser Long List wird natürlich nicht verraten, nur eine Zahl: 18 Beiträge waren einfach noch viel zu viel, um allen einen Preis zu verleihen. Die Zahl steht aber für die schon erwähnte hohe Qualität der Einsendungen insgesamt.

Für die weitere Verdichtung dieser Long List zu einer Short List bin ich dann etwas systematischer vorgegangen und habe alle verbliebenen Beiträge nach drei Kernkriterien bewertet: wissenschaftliche Qualität, Originalität und Interdisziplinarität. Eine hohe wissenschaftliche Qualität wie etwa eine vertiefte und differenzierte Quellenauswertung, eine schlüssige und verständliche Argumentation und daraus entwickelte nachvollziehbare Thesen waren für mich Grundvoraussetzung für die Preiswürdigkeit. Letztlich waren daher zum Schluss die Kriterien Originalität und Interdisziplinarität ausschlaggebend, welche Beiträge nicht nur veröffentlichungswürdig, sondern im hiesigen Wettbewerb preiswürdig waren. Die prämierten Beiträge zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur den Diskussionsstand auf hohem Niveau wiedergeben, sondern einen eigenständigen Zugang zum Thema gefunden haben und damit die Diskussion um Aspekte bereichern, die bisher nicht oder noch nicht ausreichend diskutiert worden sind. Dies geht Hand in Hand mit einem Blick über den Tellerrand der eigenen Disziplin hinaus. Der Themenstellung war eine interdisziplinäre Ausrichtung inhärent. Die prämierten Beiträge haben es verstanden, Impulse aus Informatik, Linguistik oder Philosophie aufzugreifen und für die rechtswissenschaftliche Diskussion fruchtbar zu machen.

Nach diesen Kriterien konnte Dr. *Katharina Weidl* mit ihrem Beitrag „Allgemeinverständlichkeit des Rechts. Juristische Fachsprache als Kommunikationsbarriere zwischen Juristen und Laien?“ einen dritten Preis erringen. Der Aufsatz sticht bereits mit seiner eigenständigen Schwerpunktsetzung heraus. Die Preisträgerin hat zielgerichtet ein höheres Abstraktionsniveau angesteuert, indem sie sich nicht auf die einzelnen – beispielhaft, aber nicht vorgeschriebenen – Aspekte der Ausschreibung beschränkt hat, sondern ganz allgemein nach der Verständlichkeit der Rechtssprache fragt. Mit linguistisch-grammatischer Präzision arbeitet *Weidl* heraus, welche unter Juristen beliebten grammatikalischen Konstruktionen eigentlich das Juristendeutsch so schwer verständlich machen: etwa Fremdwörter, Nominalstil, Passivkonstruktionen oder Genitiv-Attribute. Sodann diskutiert *Weidl*, ob es ein Recht auf eine verständliche Rechtssprache gebe, wobei sie zwischen Geset-

zessprache und der Rechtssprache in gerichtlichen Entscheidungsgründen unterscheidet. Ihr Fazit fällt differenziert aus: Einerseits mache es die Komplexität juristischer Sachverhalte unwahrscheinlich, dass eine bewusst einfach gehaltene Rechtssprache Gesetze oder juristische Texte ohne weiteres laienverständlich mache. Andererseits tue der „Jurist (...) gut daran, sich ab und an zu fragen, ob der Fachbegriff oder die Satzkonstruktion tatsächlich zur Abstrahierung (...) erforderlich ist, oder ob sich das Gemeinte nicht ebenso präzise in einer weniger komplizierten Ausdrucksweise sagen lässt“.

Einen weiteren dritten Preis konnten *Lea Schirmer* und *Max Müller* mit ihrem Beitrag „Das Recht wird kommen, aber ich werde es nicht verstehen. Quo vadis, Rechtssprache?“ erringen. Ihr Beitrag zeichnet sich durch einen weit gespannten Bogen aus. Originell philosophieren die beiden über die rechtslinguistischen Vorteile des Altgriechischen gegenüber dem Lateinischen – merkwürdigerweise, so stellen beide fest, ist es gleichwohl das antike Rom gewesen, das zuerst eine hochspezialisierte und präzise Rechtsdogmatik entwickelt hat, deren Wirkgeschichte bis ins BGB reicht. Wer glaubt, dass Gender eine neudeutsche Erfindung ist, wird von den beiden Preisträgern an *Olympe de Gouges* und ihre *Déclaration des Droits de la Femme et de la Citoyenne* erinnert. 1793 landete die Rebellin unter der „großen Gleichmacherin“ – der Guillotine. Bis heute ist der Große Terror – auf Französisch übrigens weiblich: *la Grande Terreur* – eine Mahnung, wie Demokratie in mörderische Ideologie umschlagen kann, wenn ihr die Liberalität fehlt. Dazu passt das zurückhaltende Fazit des so nachdenklichen wie kurzweiligen Beitrags: Die Rechtssprache ist kontingent – eine „Rechtssprache in optima forma gibt es nicht“.

Der dritte dritte Preis ging an *Karl Eduard Riesenhuber* mit seinem Essay „Diskriminierung mit oder ohne Gendersternchen?“. Dieser Beitrag hat mich mit seiner sehr persönlichen Perspektive überzeugt. Der Preisträger nimmt uns mit in eine Klausursituation. Das Thema – die Rechtmäßigkeit eines Bebauungsplans – klingt nicht unbedingt nach der großen gesellschaftlichen Genderkontroverse. Und doch kommt der Klausurschreiber nicht darum, sich zu positionieren: Soll er „die

Antragsteller“ im generischen Maskulinum schreiben? Aber werden damit nicht die beiden Antragstellerinnen ausgeschlossen? Also vielleicht „Antragsteller*innen“? Die Perspektive des Preisbeitrags ist mutig und originell zugleich. Sie führt uns vor Augen, dass es nicht mehr möglich ist, sich nicht zur Genderdebatte zu positionieren. Die Genera Maskulin, Feminin und Neutrum sind so tief in die deutsche Grammatik eingeprägt, dass sich irgendeine Festlegung nicht vermeiden lässt. Egal ob mit oder ohne Genderstern – nahezu jeder Satz erhält schon durch seine grammatischen Formen unvermeidlich eine weitere Bedeutungsebene. Wer im generischen Maskulinum schreibt, muss damit rechnen, vom Leser für irgendwie „konservativ“ gehalten zu werden. Wer mit Gender-Sternchen schreibt, wird vom Leser vielleicht als „woke“ abgestempelt. Paradoxerweise hat die Genderdiskussion, die eigentlich als Inklusionsprojekt angetreten ist, neues Schubladendenken befördert. Der Preisträger entscheidet sich fünf Minuten vor Abgabe für einen Kompromiss: „Die zulässigen Anträge der Antragstellerinnen und des Antragstellers sind in der Sache erfolglos“.

Mit seinem Beitrag „Gesetze und Gendersprache: Vier Paragraphen berichten aus ihrer Gefühlswelt. Einblicke in eine Selbsthilfegruppe“ hat mir Promotionsstudent *Johannes Forck* mehrfach ein Lächeln ins Gesicht gezaubert. Vier Paragraphen aus völlig unterschiedlichen Rechtsbereichen – vom Strafgesetzbuch über die Insolvenzordnung und das Bundesbeamtengesetz bis hin zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz – diskutieren ihre jeweiligen Formulierungen und verschiedene Formulierungsalternativen. Genüsslich weist der Beitrag auf das strenge Analogieverbot im Strafrecht und mögliche Konsequenzen für die Formulierung „Der Mörder wird... bestraft“ hin. § 211 StGB erwägt, ob nicht das Partizip „Mordende“ eine Lösung für ihn wäre. Die „Wachtmeister aus Art. 3 Abs. 3 und 103 Abs. 2 GG sollten mir jetzt keine Probleme mehr machen“ – wer genau liest, wird hier viel doppeldeutigen Wortwitz finden. Dem Preisträger ist eine juristische Glosse geglückt. Dieses besondere Genre zeichnet sich bekanntlich dadurch aus, dass es als satirische Kunstform an entscheidender Stelle spitzer und direkter sein kann, als es die auf vornehme Distanz bemühte

juristische Wissenschaftssprache vermag. Gerade deshalb bringt die Glosse manche Dinge besser auf den Punkt, weshalb sie auch in wissenschaftlichen Fachzeitschriften zu finden ist. Preiswürdig ist der Beitrag damit schon für die mutige Wahl seiner eigenen Rechtsprache – deswegen habe ich den Beitrag mit einem Sonderpreis für eine Juristische Glosse ausgezeichnet.

Der zweite Preis ging an *Valeria Werner* mit ihrem Beitrag „Brauchen wir eine geschlechtergerechte Rechtsprache in Gesetzen?“. Der Aufsatz hat mich besonders damit beeindruckt, dass ich vom ersten bis zum letzten Satz gespürt habe, wie die Preisträgerin innerlich mit sich ringt und die Argumente für und wider die Verwendung von Gendersprache gegeneinander abwägt. Natürlich ist Ergebnisoffenheit eigentlich eine Grundvoraussetzung für Wissenschaft. Gleichwohl ist Ergebnisoffenheit in einer Geisteswissenschaft wie der Rechtswissenschaft, die notwendig von Elementen der persönlichen Wertung geprägt ist, eine ständige Herausforderung. Die Preisträgerin nimmt diese Herausforderung an, indem sie wirklich alle denkbaren Argumente in den Blick zu nehmen sucht und mit der richtigen Mischung aus ernsthaftem Interesse und kritischer Distanz abwägt. Der Beitrag zeichnet sich insbesondere durch ein hohes Maß an Interdisziplinarität aus. So nimmt die Preisträgerin eingehend linguistische Theorien über die Entwicklung der Genera aus der indogermanischen Grammatik heraus über das Mittelhochdeutsche bis zum heutigen Neuhochdeutschen in den Blick. Rechtshistorisch wird das Phänomen des generischen Maskulinums vom Corpus Iuris Civilis über die frühe Neuzeit bis zur Frauenbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts diskutiert. Kritisch, eingehend und differenziert diskutiert der Beitrag auch verschiedene linguistische Assoziationsstudien. Diese experimentellen Studien waren der ursprüngliche Auslöser für die Debatte um das generische Maskulinum in der Linguistik; ihre Methodik und ihre Ergebnisse werden in der allgemeinen öffentlichen Debatte freilich meist nur sehr verkürzt wahrgenommen. Die Preisträgerin beleuchtet schließlich auch Studien zur Auswirkungen von Gendersprache auf die Verständlichkeit und diskutiert demokratietheoretische und normative Aspekte. Ihr Fazit fällt differenziert aus: „Solange

die Mehrheit der Bevölkerung der geschlechtergerechten Sprache ablehnend gegenübersteht, erweist sich eine dahingehende Veränderung der Rechtssprache in Gesetzestexten als verfrüht“.

Den ersten Preis hat Dr. *Martin Meier* mit seinem Beitrag „Code is Law?“ – am Beispiel von Smart Contracts“ gewonnen. Rundum überzeugt hat mich dieser Beitrag, weil er die Grundlagen der Rechtsmethodik einerseits und die Funktionsweise eines Programmcodes andererseits so unpräzise und anschaulich erklärt und miteinander kontrastiert, dass man – so möchte ich behaupten – weder Jurist noch Informatiker sein muss, um seine abschließende These nachvollziehen zu können. Streng genommen, so lernt der Leser, geht es nicht um eine Rechtssprache als Maschinen-Code – worunter Informatiker den vom Prozessor lesbaren binären Code verstehen –, sondern um die Frage, ob Recht in Form höherer Programmiersprachen formuliert werden kann. Der Preisträger demonstriert diese Fragestellung am Beispiel eines in der Sprache Solidity formulierten Smart Contracts. Dieser Vertrag soll Kauf und Übertragung von Veranstaltungstickets abwickeln. Wer sich einmal näher mit Programmiersprachen befasst hat, wird in dem Programmcode für den Vertrag letztlich eine Klasse wiedererkennen, wie sie in objektorientierten Programmiersprachen definiert werden. Der Vertrag verfügt über Variablen – Werte, die zwischengespeichert werden – und Funktionen, also Handlungen, die mit diesen Variablen arbeiten und sie verändern. Auf diese Weise kann etwa der Ticketpreis festgelegt oder ein Ticket an einen Käufer übertragen werden. Die Funktionsweise des Programmcodes wird dem Leser laienverständlich erklärt. Nüchtern seziert der Preisträger aber auch die Grenzen eines solchen Smart Contracts. Nur dort, wo es um einfache Tatsachenfragen geht, lassen sich diese als Boolean-Variable, die nur die Werte „true“ oder „false“ kennt, ausdrücken. Sobald Wertungsfragen auftauchen – Ist die Ware in vertragsgemäßem Zustand? Verstößt die Vereinbarung gegen die guten Sitten? – bedarf es komplexer Wertungen, im Zweifel einer gerichtlichen Entscheidung. Smart Contracts bergen dann rechtliche Divergenzrisiken in sich: Was ein Computer als vertraglichen Zustand errechnet und anschließend beispielsweise in einer Blockchain abspie-

chert, muss nicht notwendig der wirklichen Rechtslage entsprechen. Die Blockchain-Lage weicht dann gewissermaßen von der wirklichen Rechtslage ab – nur, dass es mit der Blockchain-Berichtigung, wie der Preisträger erläutert, gar nicht so einfach ist. Mit seiner nüchternen Analyse surft der Beitrag nicht auf der Welle derjenigen, die bei jeder Gelegenheit die disruptive Wirkung von Blockchain oder Smart Contracts feiern. Vielmehr habe ich den Beitrag als regelrechten Wellenbrecher wahrgenommen. Doch genau diese Mischung hat mich überzeugt: Der Preisträger hat nichts gegen Technik, im Gegenteil, er interessiert sich sichtlich für die technische Funktionsweise eines Programmcodes – und erkennt doch auch die Grenzen einer solchen Technologie. Sein Fazit dreht das berühmte Bonmot von *Lawrence Lessig* um: Zwar sei dem Dogma „Code is Law“ eine Absage zu erteilen – aber Programmcode könne immerhin ein Mittel zur Vertragsabwicklung und -durchsetzung sein, „nach dem Motto ‚Law is Code‘“.

Abschließend möchte ich mich bei allen Teilnehmern des Wettbewerbs für ihre Beiträge herzlich bedanken. Bei der Lektüre habe ich viel gelernt. Vor allem haben mir die vielen Beiträge auf hohem Niveau die Auswahl schwer gemacht. So ist eine besondere Konkurrenz entstanden. Allen Preisträgern gilt daher mein besonders herzlicher Glückwunsch für ihre herausragenden Einsendungen.

Wiesbaden, im April 2023

Prof. Dr. Matthias Friehe

Inhaltsübersicht

Vorwort des Herausgebers	1
Vorwort des Jurors	5

Dr. Martin Meier

*„Code is Law?“ – am Beispiel
von Smart Contracts*

A. „Code is Law“	25
B. Maschinen-Code und Programmcode.....	26
C. Technischer Hintergrund von Smart Contracts.....	29
D. Programmcode als taugliche Grundlage für Rechtssprache	34
E. Fazit „Law is Code“	53
Literaturverzeichnis:	54

Valeria Werner

*Brauchen wir eine geschlechtergerechte
Rechtssprache in Gesetzen?*

A. Einleitung.....	59
B. Aktueller Stand	61
C. Verfassungsrechtliches Gebot einer geschlechtergerechten Rechtssprache.....	65
D. Fazit	95
Literaturverzeichnis	101

Karl Eduard Riesenhuber

Gendern mit und ohne Gendersternchen

A. Einleitung.....	109
B. Funktionen juristischer Sprache	110
C. Was ist Gendern?	112
D. Keine Gleichstellung in der deutschen Sprache?.....	112
E. Formen des Genderns	114
F. Unterschiede juristischer Texte.....	118
G. Ausblick: Sprache im Wandel?.....	119
H. Fünf Minuten bis zur Abgabe	120
Literaturverzeichnis	121

Lea Schirmer, Max Müller

Das Recht wird kommen – aber ich werde es nicht verstehen.

Quo vadis, Rechtssprache?

A. Einleitung.....	123
B. Das Recht im Medium der Sprache	124
C. Das Gesetz als Ausdruck des Willens aller	134
D. Internationale Rechtssprache	143
E. Fazit	153
Literaturverzeichnis	154

Dr. Katharina Weidl

Die Allgemeinverständlichkeit des Rechts

A. Einleitung	159
B. Rechtssprache als Fachsprache	161
C. Allgemeinverständlichkeit als „Bürgerrecht“?	173
D. Warum sich das Bemühen um eine verständliche Sprache lohnt	187
E. Fazit	189
Literaturverzeichnis	191

Johannes Forck

Gesetze und Gendersprache:

Vier Paragraphen berichten aus ihrer Gefühlswelt

A. Erster Akt: Haben Gesetze Gefühle?	199
B. Zweiter Akt: Die Selbsthilfegruppe der Paragraphen.....	202
Literaturverzeichnis	211

Autorenverzeichnis	213
--------------------------	-----

Weitere Bände aus der „Schriftenreihe der Hessischen Rechtsanwaltschaft“	215
---	-----

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers 1

Vorwort des Jurors 5

Dr. Martin Meier

*„Code is Law?“ – am Beispiel
von Smart Contracts*

A. „Code is Law“ 25

B. Maschinen-Code und Programmcode 26

C. Technischer Hintergrund von Smart Contracts 29

I. Begriffsbestimmung 29

II. Blockchain-Technologie..... 30

III. Begriffsdefinition 33

D. Programmcode als taugliche Grundlage
für Rechtssprache 34

I. Allgemeine Anforderungen an Rechtssprache 34

II. Wechselwirkung zwischen Programmcode und
Rechtssprache 36

1. Rechtliche Einordnung von Smart Contracts 36

2. Beispiel für den Programmcode eines Smart Contracts... 39

3. Technische Divergenzrisiken 41

4. Rechtliche Divergenzsisiken	44
a) Rechtsnormen und unbestimmte Rechtsbegriffe.....	44
b) Willenserklärungen und deren Auslegung	45
c) Vertragliche Wirksamkeitsvorschriften	46
d) Allgemeine Geschäftsbedingungen.....	48
e) Rückabwicklung von Verträgen	49
f) Rechtliche oder geschäftliche Änderungen.....	49
g) Erfüllung und Surrogate	50
III. Anwendungsbereiche für Smart Contracts	51
E. Fazit „Law is Code“	53
Literaturverzeichnis:	54

Valeria Werner

*Brauchen wir eine geschlechtergerechte
Rechtssprache in Gesetzen?*

A. Einleitung.....	59
B. Aktueller Stand	61
C. Verfassungsrechtliches Gebot einer geschlechtergerechten Rechtssprache.....	65
I. Gleichheitsgrundrechte und Allgemeines Persönlichkeitsrecht.....	66
II. Staatliche Förderung der Gleichberechtigung nach Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG.....	68

1. Perpetuierung von Ist-Zuständen.....	69
a) Die Herausbildung der grammatikalischen Geschlechter	69
b) Das generische Maskulinum	72
c) Verhältnis von Genus und Sexus	74
2. Sprache schafft Wirklichkeit	74
a) Vorstudie.....	75
b) Auswirkungen der Verwendung der feminin- maskulinen Paarform.....	76
c) Grammatik vs. Stereotyp.....	78
d) Neuer methodischer Ansatz: Pupillen-Beobachtung... 81	
3. Angemessenheit.....	82
a) Empfehlungen für geschlechtergerechte Sprache	83
b) Studien zum Einfluss geschlechtergerechter Sprache auf Verständlichkeit.....	85
4. Weitere Beurteilungsaspekte	88
a) Methodische Vereinbarkeit von Linguistik und Rechtswissenschaft.....	89
b) Auffassungen der Bevölkerung	92
c) Chronologie von Sprachwandel	94
D. Fazit.....	95
Literaturverzeichnis	101

Karl Eduard Riesenhuber

Gendern mit und ohne Gendersternchen

A. Einleitung.....	109
B. Funktionen juristischer Sprache	110
C. Was ist Gendern?	112
D. Keine Gleichstellung in der deutschen Sprache?.....	112
E. Formen des Genderns.....	114
I. Doppelnennung.....	114
II. Substantivierungen	116
III. Typographische Kunstgriffe	116
F. Unterschiede juristischer Texte	118
G. Ausblick: Sprache im Wandel?	119
H. Fünf Minuten bis zur Abgabe.....	120
Literaturverzeichnis	121

Lea Schirmer, Max Müller

*Das Recht wird kommen – aber ich werde es nicht verstehen.
Quo vadis, Rechtssprache?*

A. Einleitung.....	123
B. Das Recht im Medium der Sprache	124
I. Latein als Rechtssprache	127
II. Die Entwicklung einer wissenschaftlichen Rechtsdogmatik	128
III. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die deutsche Rechtssprache	129
IV. Denken wie ein Philosoph, aber reden wie ein Bauer	130
1. Gesetze als abstrakte Rechtstexte.....	131
2. Partikulares Erfordernis der Allgemeinverständlichkeit	132
V. Zwischenfazit	133
C. Das Gesetz als Ausdruck des Willens aller	134
I. Gesetzeslage zu geschlechtergerechter Sprache in Gesetzen	136
II. Assoziationen mit generischen Maskulina	136
III. Historische Betrachtung	137
IV. Gendern aus verfassungsrechtlicher Perspektive	138
V. Das generische Maskulinum aus sprachwissenschaftlicher Perspektive	139
VI. Barrierefreiheit und grammatikalische Hürden am Beispiel des Gendersternchens	141
VII. Zwischenfazit	143

D. Internationale Rechtssprache	143
I. Deutsch als Sprache der Rechtswissenschaft	144
II. Deutsch als Sprache im Grundgesetz	145
III. Sprachpluralismus auf Ebene der Europäischen Union	148
IV. Englisch als zukünftige Rechtssprache des deutschen Rechts	149
V. Zwischenfazit	153
E. Fazit.....	153
Literaturverzeichnis	154

Dr. Katharina Weidl

Die Allgemeinverständlichkeit des Rechts

A. Einleitung	159
B. Rechtssprache als Fachsprache	161
I. Funktion der juristischen Fachsprache	162
II. Verständlichkeitserschwerende Sprachmerkmale und ihre Funktionen	163
1. Rechtsbegriffe mit abweichender allgemeinsprachlicher Bedeutung	163
2. Fremdwörter	164
3. Zusammengesetzte Wörter	165
4. Nominalstil	165
5. Häufige Verwendung des Passivs	166

6. Genetivkonstruktionen, Gerundive, Adjektive, Partizipien.....	167
7. Verweise	168
8. Satzlänge und Verschachtelungen	169
III. Vorwissen und Systemverständnis als Verstehensvoraussetzung	170
C. Allgemeinverständlichkeit als „Bürgerrecht“?.....	173
I. Recht auf „allgemeinverständliche Gesetze“?.....	173
1. Gebot der Bestimmtheit und Normenklarheit	174
a) Die Problematik unbestimmter Rechtsbegriffe	175
b) Normklarheit im engeren Sinne	176
2. § 42 GGO	177
3. Zwischenergebnis.....	178
II. Recht auf Verständlichkeit im Gerichtsverfahren?	178
1. Rechtsstaatsprinzip, Recht auf ein faires Verfahren und Anspruch auf rechtliches Gehör	179
2. Konkretisierung durch einfachrechtliche Verfahrensvorschriften	181
a) Deutsch als Gerichtssprache	182
b) Öffentlichkeitsgrundsatz	183
c) Begründungspflicht	184
d) Zwischenergebnis.....	187
D. Warum sich das Bemühen um eine verständliche Sprache lohnt	187
E. Fazit	189
Literaturverzeichnis	191

Johannes Forck

Gesetze und Gendersprache:

Vier Paragraphen berichten aus ihrer Gefühlswelt

A. Erster Akt: Haben Gesetze Gefühle?	199
B. Zweiter Akt: Die Selbsthilfegruppe der Paragraphen.....	202
I. Der § 211 Abs. 1 StGB klagt über seine Situation	202
II. Der § 30 Abs. 2 InsO erzählt von seinen Erfahrungen.....	204
III. Der § 4 BBG berichtet von seinem Leiden	206
IV. Der § 6 Abs. 2 S. 1 AGG ergreift das Wort	208
V. Der § 211 Abs. 1 StGB kramt sein Handy aus der Tasche und durchbricht die nervöse Stille im Stuhlkreis	210
Literaturverzeichnis	211
Autorenverzeichnis	213
Weitere Bände aus der „Schriftenreihe der Hessischen Rechtsanwaltschaft“	215

„Code is Law?“ – am Beispiel von Smart Contracts

A. „Code is Law“

Die Industrie 4.0 bzw. das vierte Industriezeitalter bringt eine Reihe von Herausforderungen mit sich – auch für die Jurisprudenz.¹ Begriffe wie das Internet of Things, Big Data oder Distributed-Ledger-Technology halten Einzug in den allgemeinen Sprachgebrauch und sind für die von Allokationsprozessen getriebene Wirtschaft nicht mehr wegzudenken. Insbesondere die Distributed-Ledger-Technology mit ihrer bekanntesten Ausformung der Blockchain und deren Implementation des Bitcoins lösten einen regelrechten Hype aus, der Schlagworte wie „Kryptowerte“ und „Smart Contracts“ in den politischen, gesellschaftlichen, aber auch juristischen Diskurs brachte.² Innerhalb der juristischen Literatur scheint eine klare Zuordnung von Technologien zu rechtli-

1 Der Begriff der Industrie 4.0 wurde u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geprägt, vgl. dazu Industrie 4.0 Innovation im Zeitalter der Digitalisierung, verfügbar unter: https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/5/30916_Industrie_4_0.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (zuletzt abgerufen am 30.10.2022).

2 Vgl. *Bilski*, Blockchain-Technologie, Smart Contracts und selbstvollziehende Verträge, Vorwort.

chen Konzepten zu verschwimmen.³ Dies hat wieder eine Debatte entfacht, die vom US-Verfassungsrechtler *Lawrence Lessig* einprägsam als „*Code is Law*“ betitelt wurde.⁴ Dieser Slogan geht zurück auf den MIT Professor *William J. Mitchell* und meint, dass den in einem Programmcode festgelegten Regeln normative Wirkung zukommen soll.⁵ Die sog. Smart Contracts wollen demgegenüber einen umgekehrten Weg gehen: Rechtsnormen sollen als Programmcode übersetzt und dargestellt werden, um Verträge nicht nur abzubilden, sondern diese auch tatsächlich auszuführen.⁶

Greift man diese Idee auf, so ergeben sich auch Rückwirkungen auf die Rechtssprache und Gesetzgebungstechnik, welche Gegenstand der nachfolgenden Untersuchung bilden soll.

Um sich diesem Untersuchungsgegenstand anzunähern, soll zunächst dargestellt werden, was überhaupt Programmcode ist (B.). Nachfolgend soll dann der technische Hintergrund von Smart Contracts (C.) beleuchtet werden. Erst in einem dritten Schritt kann dann untersucht werden, ob der Programmcode von Smart Contracts eine taugliche Grundlage für Rechtssprache (D.) bilden kann.

B. Maschinen-Code und Programmcode

Einer der führenden Theoretiker der frühen Computerentwicklung *Alan Turing* formalisierte im Jahre 1936 – ohne dass es bereits zu dieser Zeit Computer gab – mittels mathematischer Methoden eine Rechenmaschi-

3 Vgl. *Bilski*, Blockchain-Technologie, Smart Contracts und selbstvollziehende Verträge, Vorwort.

4 *Klindt*, Code is Law, NJW-aktuell 9/2020, Editorial.

5 *Honsel*, „Code is Law“: Für Gesetzgeber ist es noch schwerer durchzugreifen, verfügbar unter: <https://www.heise.de/hintergrund/Code-is-law-Fuer-Gesetzgeber-ist-es-noch-schwerer-durchzugreifen-6194067.html> (zuletzt abgerufen am 30.10.2022).

6 *Gantner*, „Code is Law“ aber „is Law Code“?, S. 1.